Stadt Emmerich am Rhein

Emmerich am Rhein, 20.02.2002

Niederschrift

über die Sitzung des Rates

am Dienstag, dem 19.02.2002

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

1		Einwohnerfragestunde
2		Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 18.12.2001

II. Eingaben an den Rat

3	04 - 13 0920/2002	Bitte um Erhöhung des Zuschusses zu Jugendfahrten und -lagern
4	05 - 13 0898/2002	Erneuerung der Gerhard-Cremer-Straße
5	05 - 13 0913/2002	Parksituation Emmerich Merowingerstraße
6	61 - 13 0914/2002	Wettbewerb Gestaltung der Rheinpromenade

III. Vorlagen

7	02 - 13 0910/2002	Haushaltssatzung 2002; hier: Beschlussfassung
8	02 - 13 0911/2002	Über- und außerplanmäßige Ausgaben für das Haushaltsjahr 2001
9	04 - 13 0909/2002	Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der Veranstaltungen "Emmerich blüht auf" am 17.03.2002 "Autoshow - Alles rund um's Auto" am 16.06.2002 "Stadtfest - Hamburger Fischmarkt" am 08.09.2002
10	04 - 13 0870/2002	Antrag der Martini-Schule vom 30.11.2001 auf Bereitstellung einer Schulsozialarbeiterin /eines Schulsozialarbeiters für die neu zu gründende Schule
11	05 - 13 0887/2002	3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 7/4 - Hansastraße -; hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage 2. Satzungsbeschluss 3. Beschluss zur Änderung der Gestaltungssatzung für den östlichen Bereich des Bebauungsplanes Nr. E 7/4

12	05 - 13 0888/2002	Bebauungsplanverfahren Nr. E 30/4 - Hekerenfelder Weg -; hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage 2. Beschluss eines städtebaulichen Vertrages 3. Satzungsbeschluss 4. Beschluss einer Gestaltungssatzung gemäß § 86 Abs. 1 BauO NRW
13	05 - 13 0892/2002	1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 24/2 - Lohmann -; hier: Satzungsbeschluss
14	10 - 13 0899/2002	Initiativkreis Leitbild; Benennung eines neuen Mitgliedes; hier: Dringliche Entscheidung des Hauptausschusses gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW
15	10 - 13 0917/2002	Ersatzwahlen zu den Ausschüssen
16	10 - 13 0922/2002	Ersatzwahl eines stellv. Mitgliedes des Aufsichtsrates Emmericher Gesellschaft für kommunale Dienstleistungen mbH (EGD mbH)
17	10 - 13 0923/2002	Ersatzwahlen zu den Ausschüssen hier: Vertreter der Stadt Emmerich am Rhein in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes
18	41 - 13 0874/2002	Beratung und Beschlussfassung über den Prüfungsbericht des Wirtschaftsplanes 01.08.2000 bis 31.07.2001 des Eigenbetriebes KKK
19	70 - 13 0915/2002	Änderung der Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Emmerich am Rhein

IV. Anträge an den Rat

20	01 - 13 0926/2002	Untersuchung durch das Rechnungsprüfungsamt
21	05 - 13 0902/2002	Erschließungskosten für das Kolpinghaus-Kulturzentrum in Emmerich-Elten, Sonderwykstraße 10
22	05 - 13 0918/2002	Antrag auf Veränderung der Linienbusführung während der Umbauarbeiten in der Stadt
23	10 - 13 0919/2002	Sitzungsbeginn
24		Mitteilungen und Anfragen
25		Einwohnerfragestunde

V. Nichtöffentlich

26		Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 18.12.2001
27	04 - 13 0890/2002	Besetzung der stellvertretenden Schulleiterstelle der Kath. St. Georg-Grundschule; hier: Vorschlagsrecht des Schulträgers
28	08 - 13 0876/2002	Verkauf des landwirtschaftlichen Grundstückes Gemarkung Klein-Netterden, Flur 1, Flurstück 131 an Herrn Host Unkrieg
29a)	08 - 13 0929/2002	Verlängerung der Bebauungsfrist für die Emmericher Immobilien Gesellschaft zur Schaffung von gewerblichen Räumen für die N-Joy Fashion Textilhandels GmbH, Emmerich am Rhein
30		Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder:

Arntzen, Helmut
Arntz, Anneliese
Beckschaefer, Christian
Bongers, Karl-Heinz
Brink ten, Johannes
Camp, Wilhelm
Diekman, Rolf
Diks, Johannes
Gertsen, Gerhard
Gies, Norbert Ludwig
Gorgs, Hans-Jürgen
Heering, Anneliese
Hetterscheidt, Herbert
Jansen, Albert
Jessner, Udo
Koster, Gregor
Kremer, Helmut
Kulka, Irmgard
Kunigk, Heinz-Gerhard Adolf
Lang, Hermann
Lorenz, Marianne
Maiß, Franz Georg Anton
Meisters-Hövelmann, Gabriele
Möllenbeck, Irene
Offergeld, Birgit
Roebrock, Wilhelm
Sickelmann, Ute
Sloot, Birgit
Spiertz, Andre
Struckhof, Detlef
Tenhaef, Alfred
Tepaß, Udo
Trüpschuch, Elke
Ulrich, Herbert

Entschuldigt fehlen:	Elbers, Markus Herbert Wernicke, Hans-Jörgen
Von der Verwaltung:	Bürgermeister Boch als Vorsitzender
	Erster Beigeordneter Dr. Wachs Herr Siebers Herr Feldkamp Herr Holtkamp Herr Kemkes Herr Kleipaß Herr Kraayvanger Frau Lebbing Herr Runge Frau Schlitt Frau Köster Frau Evers (Schriftführerin)
Von den Abwasserwerken:	Herr Antoni
Vom Eigenbetrieb KKK:	Herr Heyming
Von der Wirtsschafts-förderug und Stadt-marketing GmbH	Herr Hüls
Als Gäste von der Stadtsparkasse Emmerich-Rees	Herr Balkmann Herr Häfemeyer Herr Welmans

Der Vorsitzende eröffnet um 18.00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und begrüßt die anwesenden Damen und Herren des Rates, der Verwaltung, die Vertreter der örtlichen Presse und die Zuhörer im Zuhörerraum.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das neue Ratsmitglied Ralf Günther verpflichtet. Der Vorsitzende bittet Herrn Günther zu sich. Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen, der Vorsitzende verliest die Verpflichtungserklärung die durch Handschlag rechtskräftig wird.

Die Tagesordnung wird genehmigt.

I. Öffentlich

TOP 1

Einwohnerfragestunde

1. Geruchsemission am heutigen Tag;
   hier: Anfrage von Henn Dieter Struckhof

Die Verwaltung sagt zu, die von Mitglied Struckhof angesprochene Geruchsemission zu überprüfen.

TOP 2
Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 18.12.2001

Gegen die gemäß § 24 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden Einwände nicht erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

II. Eingaben an den Rat

TOP 3
Bitte um Erhöhung des Zuschusses zu Jugendfahrten und -lagern
(Nr. 04 - 13 0920/2002)

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Stellungnahme der Verwaltung zu verfahren

Verweisung an den Jugendhilfeausschuss.
Die Jugendförderrichtlinien werden aktuell überarbeitet und demnächst im Jugendhilfeausschuss beraten. Der vorliegende Antrag der Kath. Pfarrjugend Heilig-Geist kann dann einbezogen werden.

34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

TOP 4
Erneuerung der Gerhard -Cremer-Straße
(Nr. 05 - 13 0898/2002)

Die Verwaltung hat diese Eingabe bereits in der Sitzung des Bau-, Planungs- und Verkehrsausschusses am 29.01.2002 im Rahmen der Haushaltsplanberatung unter der Vorlagen-Nr. 05-13 0879/2002 beraten.

TOP 5
Parksituation Emmerich Merowingerstraße

(Nr. 05 - 13 0913/2002)

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Verwaltung nimmt die Gedanken und Anregungen der Frau Bennemann zur Kenntnis. Diese werden im Falle einer Bebauung des jetzigen Grundstückes der Albert-Schweitzer-Grundschule im Rahmen der Bebauungsplanaufstellung berücksichtigt.

TOP 6
Wettbewerb Gestaltung der Rheinpromenade
(Nr. 61 - 13 0914/2002)

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Mitglied Beckschaefer regt an, Herrn Driessen zu einer Sitzung der Arbeitsgruppe einzuladen.

Der von Herrn Hein Driessen erwähnte Antrag vom 07.02.2001 wurde am 14.02.2001 vom Bürgermeister mit nachfolgendem Wortlaut beantwortet:

Sehr geehrter Herr Driessen,

ich bestätige den Eingang Ihrer Bewerbung zur Mitwirkung bei der Gestaltung der Rheinpromenade.

Der Fachausschuss hat bereits im Rahmen eines Workshop-Verfahrens eine Arbeitsgruppe installiert, die vollständig ist.

Ich rege an, dass Sie Ihre Ideen zur Umgestaltung der Rheinpromenade im Rahmen der Bürgerbeteiligungen einbringen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Horst Boch

Auf den erneuten Antrag antwortet die Verwaltung mit gleichlautendem Schreiben.

III. Vorlagen

TOP 7
Haushaltssatzung 2002;
hier: Beschlussfassung
(Nr. 02 - 13 0910/2002)

Der Vorsitzende gibt das Wort an die Vorsitzenden der Fraktionen.

Herr Diks, Vorsitzender der CDU-Fraktion:
"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
die Verwaltung hat vor wenigen Wochen den Entwurf des Haushaltsplanes der Stadt Emmerich am Rhein für das Jahr 2002 vorgelegt. Ein ganz normaler Vorgang.

Erlauben Sie mir zunächst einen kurzen Rückblick auf das Jahr 2001. Was gab es Mitte des Jahres 2001 doch für Diskussionen, die durch einen Brief des Landrates ausgelöst wurden. Verwaltung und Politik gaben Grundsatzerklärungen ab, die nun im Haushalt 2002 und in die weitere Finanzplanung eingeflossen sind. Kein ganz normaler Vorgang.

Über Monate hinweg wurde kontrovers über das Plakatmuseum diskutiert. Der Streit um das Museum hat Geld, Arbeit und Zeit gekostet. Wir meinen unnötige Zeit, unnötiges Geld und unnötige Arbeit. Das PAN wird gebaut, die Mehrheitsverhältnisse waren letztendlich noch deutlicher als in 1998. Mit dem Bau ist begonnen worden. Auch kein ganz normaler Vorgang.

Sieht man sich rückwirkend die vorgesehenen Investitionen für das Jahr 2001 im Haushaltsplan 2001 an, stellt man fest, dass einige Maßnahmen noch nicht umgesetzt wurden. Im Bauausschuss wurde im Dezember ein Maßnahmenpaket zur Innenstadt beschlossen. Auch hier wollten wieder einige „Bremsen“. Doch mit deutlicher Mehrheit wurde dieser – langfristig ausgelegte Fahrplan – beschlossen. In meinen Augen, ein ganz normaler Vorgang.

Der Bundeswehrstandort stand zur Disposition. Es ist allen Beteiligten gelungen, diesen für Emmerich am Rhein zu erhalten. Der Standort Emmerich am Rhein geht gestärkt aus dem Strukturplan der Bundeswehr heraus. Die Aufstockung von 680 auf 1050 Soldaten bedeutet auch, dass es mehr zivile Arbeitsplätze geben wird. Es bedeutet, dass die Kaufkraft steigt. Es bedeutet, dass mehr Wohnraum benötigt wird. Das Stadion wird in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr renoviert. Alles positive Auswirkung für unsere Stadt Emmerich am Rhein. Die enge Verbundenheit mit der Bundeswehr, hier insbesondere mit Herrn Oberstleutnant Sigmund, hat sich nicht nur am 40. Geburtstag des schweren Pionierbataillons im August 2001 gezeigt. Auch die Teilnahme am Tulpensonntagszug hat dies deutlich gemacht. Ich möchte hier meinen besonderen Dank aussprechen. Mir hat es übrigens sehr viel Spass gemacht. Kein ganz normaler Vorgang.

Der Neubau der Realschulturnhalle wurde abgeschlossen. In städtische Immobilien – insbesondere in die Schulen – ist investiert worden. Einige Straßen und Neubaugebiete sind bereits realisiert worden. Vom angeblich zu engen Straßenquerschnitt der Hansastraße spricht heute keiner mehr. Selbst das angebliche Nadelöhr Ecke Hansastraße und Wassenbergstraße funktioniert einwandfrei. Ganz normale Vorgänge.

Die Entwicklung rund um das alte Rewe-Center am Neumarkt ist unbefriedigend. Immer wieder hört man, der Investor habe einen neuen Betreiber, getan hat sich leider bisher aber nichts. Ungeachtet dessen wird nun die Anbindung zwischen der Kaßstr. und der Steinstr. vorangetrieben. Die Zusage, den Neumarkt zu gestalten sobald feststeht, wie sich das alte Rewe-Center entwickeln wird, steht nach wie vor!
Ebenso unbefriedigend ist die Situation um das Rheincenter. Auch hier hört man von neuen Investitionsabsichten, die sicher notwendig sind, um das Center attraktiver zu gestalten. Ein positiver Aspekt – ob beabsichtigt oder nicht – ist sicher die Tatsache, dass seit einiger Zeit kostenlos im Parkdeck geparkt werden kann.

Die Auflösung der Albert-Schweitzer-Schule war eine Entscheidung, die im Zusammenhang

mit stetig sinkenden Schülerzahlen unumgänglich war. Hier haben nicht nur wirtschaftliche Gründe eine Rolle gespielt.
Ein großes Diskussionsfeld im Jahr 2001 hat die Entscheidung über die Art der Befahrbarkeit der Rheinpromenade eingenommen. Letztlich waren es wohl die ca. 7 Millionen DM aus Düsseldorf die dazu geführt haben, so zu entscheiden, wie wir es dann getan haben. Das Verhandlungsgeschick der Verwaltung hat dazu geführt, dass die Rheinpromenade zumindest teilweise noch befahren werden kann. Ich möchte hier nochmals daran erinnern, dass nicht die Emmericher Politik sich einen neuen Hochwasserschutz gewünscht hat. Die Landespolitik hat mit ihren Vorgaben zum Hochwasserschutz eine Neugestaltung mit einem höheren Schutz gefordert!
Soweit der Blick zurück.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, welche Aussagen trifft die CDU-Fraktion zum Haushalt 2002.
Der Entwurf der Verwaltung war insgesamt in Ordnung. Auch in diesem Jahr sind alle Anträge der CDU-Fraktion in den Fachausschüssen beraten und positiv umgesetzt worden.
Es gibt wie im Jahr 2001 auch in 2002 keine Gewerbesteuererhöhung!
Es gibt auch keinen Einbruch bei der Gewerbesteuerentwicklung. Die positive Entwicklung einiger Emmericher Firmen hat dazu geführt, dass wir die „rote Laterne“ in der Arbeitslosenstatistik im Kreis Kleve deutlich abgegeben haben. Bleibt zu hoffen, dass unsere Statistik zu den 30 % gehört, die das Arbeitsamt richtig ermittelt hat.
Es gibt ebenso keine Erhöhung bei der Grundsteuer A und B.
Es gibt – entgegen einiger Aussagen im Zusammenhang um die PAN Diskussion – auch keine Kürzungen im Jugend- und Sportetat. Im Gegenteil, es gibt Verbesserungen.
Die neue Wirtschaftsförderungs GmbH wird mit ausreichenden Mitteln versorgt. Hier stellen wird den Antrag, den von der Verwaltung vorgesehenen Ansatz auf 305.000 € zu erhöhen. Frau Dr. Look-Braun und Herr Hüls sind motiviert und arbeiten am positiven Image für Emmerich am Rhein.

Es sind alle Wünsche/Vorgaben des Landrates umgesetzt worden. Die Verschuldung bleibt deutlich unter der geforderten Marke. Es findet keine Nettoneuverschuldung statt. Mittel für die Betuwe Linie wurden in die Finanzplanung eingeplant. Die Finanzplanung ist bis zum Jahr 2005 ausgeglichen.
Dass das Zahlenwerk immer nur eine Momentaufnahme widerspiegelt, hat uns der für das Finanzwesen zuständige Beamte Herr Siebers in seinem Nachtrag zum Entwurf mehr als deutlich gemacht.
Nicht die Veränderungswünsche der Fraktionen haben dazu geführt, dass doch etwas tiefer in die Rücklagen gegriffen werden muss. Nein – es waren überwiegend die Änderungen des Zahlenwerkes der Verwaltung. Hier will ich nur beispielhaft die Änderungen bei den Konzessionsabgaben, Schlüsselzuweisungen und Kompensationszuweisungen nennen. Daran mag man erkennen, wie schwierig oftmals eine richtige Prognose ist oder wie schnell sich die Daten ändern.
Die CDU-Fraktion würde es begrüßen, wenn es dem für das Finanzwesen zuständigen Bediensteten der Stadt Emmerich am Rhein zukünftig gelingt, den Schuldenstand der Stadt so darzustellen, dass die noch nicht aufgenommenen Kredite aus den Kreditermächtigungen 2000 und 2001 in Höhe von fast 5 Millionen € in seiner Darstellung berücksichtigt werden. Auch darüber haben wir an anderer Stelle schon gesprochen.
Diskutierten wir noch im Vorjahr im Zusammenhang mit unseren Sozialhilfeempfängern über eine Härtefallklausel des Kreises, so darf man nun feststellen, dass es jetzt zwar eine Härtefallregel gibt, jedoch z. Zt. keine Kommune eine erhält. Die Emmericher Verwaltung hat ihre Hausaufgaben gemacht. Und das ist gut so!
Unsere Zahlen haben sich deutlich nach unten bewegt und das hat zu deutlichen Einsparungen geführt. Das ist nur mit besonderen Anstrengungen gelungen. Ich möchte im Namen der CDU-Fraktion allen Beteiligten meinen besonderen Dank aussprechen.

Sieht man sich die größeren geplanten Maßnahmen für 2002 an, so erkennt man notwendige Investitionen in unsere Schulen, z. B. in den Neubau der Europa-Turnhalle. Wir investieren in die Infrastruktur unserer Stadt und hiermit ist nicht nur die Innenstadt gemeint. Hierzu gehören insbesondere unsere Straßen und Plätze, einschließlich deren Beleuchtung. Der Neubau der `s-Heerenberger Straße ist städtebaulich ein richtiger und wichtiger Schritt für unsere Stadt. Stellt diese Straße doch ein Eingangstor und eine wichtige Verbindung zur Innenstadt her. Ein kleinerer Querschnitt der Straße kann in unseren Augen keine Begründung für eine Ablehnung des gesamten Haushaltes nach sich ziehen. Der Neubau von Teilen der Wollenweberstraße ist als erster Schritt an die daran anschließende Neugestaltung des Nonnenplatzes mit Teilen der Agnetenstraße zu sehen. Wir gehen davon aus, dass dem Neubau des PAN-Museums keine Steine mehr in den Weg gelegt werden und hoffen auf einen zügigen Baufortschritt. Natürlich wird es wieder welche geben, die das Zahlenwerk anzweifeln.
Das kann man tun, wenn man keine Verantwortung tragen will.
Doch Emmerich am Rhein kommt nicht weiter, wenn wir gegen alles und für nichts sind. Wir kommen nicht weiter, wenn wir Sachaufgaben immer wieder vertagen. Die Vorzeichen sind positiv.
Es gibt private Initiativen, wie z. B. den Fassadenwettbewerb der Volksbank oder die Mitfinanzierung des Nonnenplatzes durch die Stadtsparkasse.
Die Ansiedlung der Firma Brightpoint bringt weitere Arbeitsplätze. Ein neues Gewerbegebiet steht vor der Umsetzung. Der Autobahnanschluss ist zugesagt. Das Gutachten zur Privatisierung der Abwasserwerke wird in Kürze vorliegen. Sollte hier eine Umsetzung gelingen, bringt auch das neuen freien Spielraum, der bisher nirgendwo dargestellt ist, weder im Haushalt noch in der Finanzplanung. Weitere Privatisierungen werden angestrebt.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ich möchte mich für die CDU-Fraktion bei Ihnen, dem Beigeordneten Herrn Dr. Wachs und bei allen Mitarbeitern der Verwaltung, bei den Mitarbeitern der Stadtwerke, des Hafens, des Embricanas, den vielen ehrenamtlich tätigen Bürgern beim ICE, dem Geschichtsverein, dem Förderkreis Bücherei und den vielen anderen Institutionen und Vereinen für Ihr Mitwirken bedanken. Ohne Sie alle geht nichts.
Ich beantrage für die CDU-Fraktion, den Haushalt 2002, den Stellenplan und das Investitionsprogramm zu beschließen. Ist dies doch ein ganz normaler Vorgang. Eine Entscheidung von etwa 500, die im Laufe eines Jahres vom Rat und seinen Ausschüssen – meistens einstimmig – gefällt werden. Herzlichen Dank."

Herr Jessner, Vorsitzender der SPD-Fraktion:
"Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, Emmerich ist unzweifelhaft eine reiche Stadt. Zunächst einmal reich an Problemen. Ich will sie gar nicht alle einzeln aufzählen, wir haben sie immer wieder gehört. Die Innenstadt, die teilweise den Charme vergangener Jahrzehnte ausstrahlt, öffentliche Gebäude, die laut nach Investitionen rufen, Dauersorgen wie das Löwentor oder Betuwe, die seit zehn oder zwanzig Jahren Dauerkopfschmerzen verursachen bei den Verantwortlichen ohne das Linderung in Sicht wäre. Die Liste ist erweiterbar.
Garniert wird dieses alles von einer kleinen Gemeinschaft von Bürgern die "miesepetrig" jeden Schritt zur Lösung der Probleme mit einem markigen "so aber nicht" begleitet. Ich will jetzt gar nicht spekulieren, wer das sein könnte. Ich gebe auch zu, dass das möglicherweise ein bisschen verallgemeinert ist, Frau Beckschaefer, nicht alle sind gleich "miesepetrig". Doch nichtsdestotrotz würde ich mir mitunter wünschen, wir hätten etwas konstruktivere Beiträge zur Lösung unserer Probleme, die brauchen wir nämlich eigentlich.
Zu allem Überfluss flattert dann auch noch ein Brief des Landrates ins Haus, der wie ich finde zu Recht strenge Auflagen macht, was die Finanzierung unserer Problemlösungen betrifft, wahrhaftig, Kommunalpolitiker anderer Städte beneiden uns.

Aber, wie eingangs bereits gesagt, Emmerich ist eine reiche Stadt, wir haben auch reiche Möglichkeiten unsere Probleme zu lösen, wenn wir das denn nur wollen. Ein Beispiel dafür ist aus unserer Sicht der jetzt vorgelegte Haushalt für das Jahr 2002. Ich darf daran erinnern, dass wir Mitte 2001 als Fraktionen des Rates, - nicht ganz freiwillig -, aber immerhin doch sehr ehrgeizige Vorgaben gemacht haben, was die Finanzierung der künftigen Ausgaben angeht. Und viele haben damals geglaubt, wir würden diese Vorgaben nicht einhalten können. Ausgleich des Haushaltes in der fünfjährigen Finanzplanung, keine Steuererhöhungen, keine weitere Neuverschuldung, mehr Investitionen in Schwerpunktbereiche wie Schulen und Innenstadt und keine Kürzung der freiwilligen Leistungen. Der jetzt vorgelegte und von den Ausschüssen beratene Haushalt erfüllt diese Vorgaben. Und zwar allein dadurch, dass wir einen Teil unserer verdeckten Reserven mobilisiert haben. Die Zusammenlegung von zwei Schulen gibt finanziellen Spielraum, es hat geholfen, dass die Verwaltung ihre Hausaufgaben im Sozialamt endlich gemacht hat und die Ausgaben auf das notwendige Maß heruntergefahren hat.

Nicht dringend erforderliche Investitionen wurden zurückgestellt, wie Gerhard-Cremer-Straße, die Eigenkapitalverzinsung der Abwasserwerke wurde auf 8 % erhöht. Dieses führt dazu, dass wir am Blackweg nicht millionenschwere Sparbücher anlegen, während wir in der Stadt dringende Investitionen nicht finanzieren können. Das alles wurde im Grunde innerhalb des letzten halben Jahres so in den Stil gestoßen, warum nicht gleich so.

Die Konsequenzen: für bauliche Maßnahmen und neue Medien an Schulen stehen immerhin knapp 1 Mio. € zur Verfügung. Mit immerhin 1,1 Mio. € werden die dringenden Maßnahmen in der Innenstadt in diesem Jahr finanziert, die freiwilligen Leistungen an Vereine und Verbände werden nicht gekürzt, ganz im Gegenteil, wir haben es uns leisten können z. B. erstmals einen Zuschuss aufzunehmen in den Haushalt für die Weihnachtsbeleuchtung an EWG und VVV in Elten.

Wir sparen auch nicht bei den Sozialausgaben, wir haben z. B. zusätzlich Ausgaben für eine Schulsozialarbeiter vorgesehen, Betreuungsangebote für Kinder werden erweitert. Auch diese Liste ist erweiterbar.

Der SPD-Fraktion ist klar, dass sich mit diesem Haushalt nicht alle unsere Probleme in Lust aufgelöst haben. Auch nicht alle Finanzprobleme, wir haben noch einige dicke Brocken, die vor uns liegen und die wir aus dem Weg räumen müssen. Ich kann mir auch hier eine vollständige Aufzählung sparen. Wir wissen, dass wir Projekte wie: Rheinpromenade, Lärmschutz an der Bahnlinie oder Feuerwehrgerätehaus noch finanzieren müssen, aber wie gesagt, wir sind reich, reich an Chancen auch künftig Finanzierungslücken durch vernünftiges und sparsames Handeln zu schließen. Wir haben auch jetzt noch erheblich verdeckte Reserven im Haushalt, die wir nur nutzen müssen. Wir wollen deshalb, dass die Organisation der Verwaltung durch ein externes Beratungsunternehmen auf Effizienz untersucht wird. Die Ergebnisse müssen dann allerdings auch konsequent umgesetzt werden. Das die örtliche Wirtschaft der Stadt hier im Grunde Unterstützung signalisiert hat, begrüßen wir besonders.

Die Verwaltung arbeitet auf Anregung unserer Fraktion jetzt an einem Konzept über die Nutzung öffentlicher Gebäude. Was wir bisher davon gehört haben, lässt allerdings vermuten, dass das Ergebnis nicht ganz den Erwartungen entsprechen wird. Die Verwaltung hat, so wie wir es erfahren haben, nicht etwa den Ansatz gewählt, wie kann ich vorhandene Nutzung öffentlicher Gebäude am sparsamsten auf den Bestand verteilen und welche Immobilien können ggfs. verwertet werden. Die Verwaltung versucht statt dessen die Frage zu beantworten, wie kann ich vorhandene Gebäude möglichst füllen. Aus unserer Sicht bleibt aber Ziel eines solchen Konzeptes, Mittel für weitere Finanzierungsausgaben frei zu bekommen. Einsparung von Unterhaltungsaufgaben, möglicherweise auch Veräußerungserlöse, so das denn möglich ist. Aus unserer Sicht wird die Verwaltung deshalb nachbessern müssen.

Überhaupt scheint uns die Immobilienverwaltung ein Bereich, in dem erhebliche Reserven zur Rationalisierung stecken. Das gilt zum einen, was die Betrachtung durch das Organisationsgutachen angeht, das gilt sicher auch für das Stichwort Contracting, d. h. also Verträge insbesondere mit den Stadtwerke über Energiedienstleistungen an Stelle von eigenen Investitionen. Hier stecken wir immer noch in den Anfängen und wir meinen, dass wir mehr Anstrengung unternehmen müssen, um schneller vorwärts zu kommen, weil wir das ja machen um letztlich Mittel einzusparen, Mittel frei zu bekommen, für Aufgaben, die wir halt erledigen müssen.
Der Bauhof bedarf dringend einer Reorganisation, ich glaube ist allen Beteiligten unumstritten. Das Verhältnis von eingesetzten Mitteln und Ertrag stimmt nicht und die Steuerbarkeit des Bauhofes durch die Verwaltung lässt auch aus unserer Sicht zu wünschen übrig. Ich glaube jedes Ratsmitglied kann dafür das eine oder andere Beispiel anführen, das Thema ist ja auch nicht neu. Wir können uns das aus unserer Sicht nicht länger leisten. Wir wissen, dass wir da auf eine Lösung hoffen können innerhalb der nächsten Monate. Aber die ist eben auch erforderlich.
Die auch von uns gewünschte Privatisierung der Abwasserwerke soll ebenfalls dazu dienen, Finanzreserven zu erschließen, die wir für die Investitionsfinanzierung der nächsten Jahre dringend benötigen. Um Bedenken aus der Bürgerschaft zu begegnen, ein Verkauf von Anteilen an Private würde unweigerlich zu einer späteren Gebührenerhöhung führen. Es wäre auch zu überlegen, ob man nicht eine rein innerstädtische Lösung anstrebt, letztlich im Verbund auch wieder mit der EGD. Auch darüber müsste man aus unserer Sicht noch einmal nachdenken, wenn es an die Umsetzung geht.
Bereits im letzten Jahr hatte unsere Fraktion angemerkt, dass der Beschluss über den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für 3 - 3,5 Mio. € unter dem Vorbehalt steht, dass Zuschüsse aus Düsseldorf fließen. Inzwischen wissen wir, dass sich das Land auch beim Feuerschutz von der Projektförderung verabschiedet hat zu Gunsten von pauschalen Fördermitteln. Wir waren mit unserer Anmeldung zu spät. Aus der Jahrespauschale allein ist der Neubau nicht zu finanzieren. Wir begrüßen deshalb, dass hier jetzt wirtschaftlichere Lösungen geprüft werden, für uns ist denkbar eine abgespeckte Neubaulösung genauso wie der Umbau bestehender Gebäude und bestehender Hallen. Voraussetzung ist, dass das neue Gerätehaus den feuerwehrtechnischen Anforderungen entspricht und vor allem, dass es auch bezahlt werden kann. Eine Planung, die Planung bleibt, weil sie nicht finanzierbar ist, hilft der Feuerwehr nicht. Wir brauchen eine Lösung und wir möchten sie in diesem Jahr.

Sie sehen, mit verdeckten Reserven meine ich nicht etwa die schwarzen Kassen, von denen in der Haupt- und Finanzausschusssitzung die Rede war, als unsere Haushaltsreste, die die Verwaltung wunderbarerweise immer dann aus dem Hut zaubert, wenn es mal wieder ganz besonders eng wird. Dann ist irgendwo noch ein Haushaltsrest vorhanden, den man auch nutzen könnte. Wir hätten da gerne ein bisschen mehr Transparenz. Das deckt sich im Prinzip mit dem was Herr Diks gerade gesagt hat bezüglich der Kredite und der nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigung. Ein bisschen mehr Transparenz macht es uns auch leichter zu beurteilen, womit wir denn da umgehen. Und wenn immer alles das, was vor einem Jahr passiert ist, so im Nebel bleibt und Verfügungsmasse der Verwaltung ist, dann hilft uns das eben nicht. Diese Transparenz meinen wir, müsste auch bezüglich der Haushaltsreste künftig gewährleistet sein.

Meine Damen und Herren, wir haben die Möglichkeit die vor uns liegenden Probleme zu meistern, wenn wir nur bereit sind, das dafür erforderliche zu tun. Wenn auch die nächsten Haushalte der Stadt Perspektiven zeigen sollen, müssen wir da weitermachen, wo wir jetzt aufgehört haben. Denn wir haben unserer Neigung, Probleme nicht zu lösen, sondern sie zu zerreden, Ende letzten Jahres ein paar gelungene Beispiele von Entscheidungsfreude entgegengesetzt. Nicht ohne Aufregung bei den Betroffenen, aber nach sachlicher und gründlicher Abwägung haben wir die Zusammenlegung von zwei Grundschulen beschlossen, innerhalb weniger Wochen. Ähnlich verhält es sich beim Plakatmuseum und der Verkehrsführung auf der Rheinpromenade, hier konnten wir einen Schussstrich unter jahrelange quälende Diskussionen setzten. Endlich möchte man sagen. In allen drei genannten Fällen wurde im Rat kontrovers diskutiert und mit Mehrheit entschieden. Und für alle drei Fälle gilt, einstimmige Entscheidungen im Rat sind gut, aber nur dann, wenn sie nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner getroffen werden müssen. Nicht jammern, sondern anpacken, Entscheidungen nicht nur fordern, sondern auch treffen, nur so kommen wir mit unserer Stadt vorwärts. Wir brauchen dazu eine stabile Ratsmehrheit und die gibt es, es wird Sie nicht überraschen wenn ich das sage, die gibt es in dieser Stadt, wie die vergangenen Jahre gezeigt haben, nicht ohne unsere Fraktion. Wir wollen mitarbeiten, wir wollen auch die Verantwortung und wir tragen auch deshalb diesen Haushalt mit. Er zeigt nicht nur, aber auch unsere Handschrift.
Emmerich ist eine reiche Stadt, reich an Zukunftschancen, die Menschen in dieser Stadt haben es verdient, dass wir diese Chancen auch realisieren. Wir schließen uns dem Antrag auf Zustimmung zu diesem Haushalt an."

Mitglied Beckschaefer, Vorsitzende der BGE-Ratsfraktion:
" Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, die BürgerGemeinschaft Emmerich wird dem städtischen Haushalt 2002 nicht zustimmen, obwohl wir durchaus einige positive Faktoren erkennen, wie z. B. die nicht erfolgte Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuern sowie die Festschreibung des Zuschusses an die EWG Emmerich und Elten auf Antrag der BürgerGemeinschaft.
Wir sehen durchaus die Schwierigkeiten, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, da in der heutigen Zeit – bei der Finanzsituation des Bundes und der Länder – immer mehr Aufgaben und Ausgaben auf die Kommunen abgewälzt werden. Wir wissen durchaus, dass die frei verfügbaren Mittel in einem städtischen Haushalt nur sehr begrenzt sind.
Wir haben den Haushaltsplanentwurf sehr sorgfältig und verantwortungsbewusst durchleuchtet und durchgearbeitet.
Aber:
Wir vermissen klare Ansätze zum konsequenten Sparen. Die Finanzlage der Stadt Emmerich ist schlecht – und trotzdem sind keine deutlichen Sparbemühungen zu erkennen. Die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes werden von 2000 nach 2002 um 10 %, das sind fast 4 Millionen €, steigen. Wir alle wissen, dass echte Einsparungen nur durch Ausgabenreduzierungen zu erzielen sind.

Die BürgerGemeinschaft stellt fest, dass der vorliegende Haushalt nur ausgeglichen werden konnte

- durch die Aufnahme aller bereits genehmigter Kredite aus den Jahren 2000 und 2001 – von fast 5 Mio. €,
- durch den Rückgriff auf städtische Rücklagen – von über 2 Mio. €,
- durch den Verkauf von städtischen Grundstücken – in diesem Jahr für 4,5 Mio. €.

Diese „Rettungs"-Maßnahmen können nur einmalig und nicht unbegrenzt fortgesetzt werden.
Für 2002 werden keine neuen Kredite mehr genehmigt.
Die Vorgaben des Landrates für eine solide Konsolidierung müssen eingehalten werden und wenn wir in den nächsten drei Jahren für 4,5 Mio. € weiteren städtischen Besitz verkaufen,

haben wir ab 2005 keine nennenswerten Immobilien mehr. Ein wahrer Total-Ausverkauf des Tafelsilbers.

Diese Politik wird dazu führen, dass in naher Zukunft die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben immer größer wird und die Bürger folglich noch stärker zur Kasse gebeten werden.
Drohende Gebührenerhöhung bei Straßenreinigung und Friedhöfen zeichnen sich jetzt schon ab und die 8-prozentige Verzinsung des Kapitals Abwasserwerke wird zwangsläufig zu einer Anhebung der Gebühren führen müssen.

Dieser Haushalt hat für uns zu viele Fragezeichen und Unsicherheiten.
Zum Beispiel: Sind die Einnahmeschätzungen für die Steuereinnahmen wirklich realistisch? Sind die Orientierungsdaten des Landes nicht zu optimistisch?
Wie soll die Entsorgung des EUR-Grundstückes finanziert werden - hier droht ja immerhin ein Loch von fast 600.000 € -?
Kann das Bellevue-Grundstück in Elten – immerhin mit 1,75 Mio. € angesetzt – wirklich gegen den immer stärker werdenden Widerstand der Eltener Bürger verkauft werden?
Warum werden die Anliegerbeiträge für Straßenausbauten entweder so ungenau oder so nachlässig kalkuliert?
Hier zwei Beispiele: Der Haushaltsansatz 2001 sieht für den Ausbau der Rheinpromenade 256.000 € Anliegerbeiträge vor, der Haushaltsansatz 2002 immerhin schon 650.000 € - ein nicht nachvollziehbarer Anstieg um über 150 %.
Auch der Bereich Pesthof/Baustraße/Patersteege weist eine Erhöhung der Anliegerbeiträge um 109.000 €, das sind über 170 %, auf.
Wir fragen uns, waren hier die Bürgerinformationen korrekt?
Ist es wirklich richtig, dass große Bauprojekte, wie beispielsweise Nonnenplatz und Straßenumfeld zu beginnen, bevor verbindliche Förderzusagen vom Land vorliegen?
Und übrigens: Unsere Befürchtungen, dass die Herrichtung des Mehrzweckgebäudes am Nonnenplatz teurer wird, bestätigen sich schon jetzt im geänderten Investitionsprogramm!

Einer unserer Hauptkritikpunkte ist die Konzeptionslosigkeit und die mangelnde Sensibilität bei der Planung unserer Innenstadt. Obwohl wir alle wissen, dass die Umgestaltung unserer Innenstadt das zentrale Thema für die Zukunft ist. Hier vermissen wir eine vernünftige Planung.
Wie kann man jetzt schon im Vergabeausschuss einen Planungsauftrag für die Neugestaltung der Kaßstraße, des Neumarktes und des Alten Marktes vergeben, wenn nicht vorher ein echtes Verkehrskonzept für die Erreichbarkeit der Innenstadt und die Auswirkungen auf den innerstädtischen Verkehr erarbeitet wird?
Auch die Schließung der Rheinpromenade – ohne fundierte Erarbeitung einer alternativen Lösung – fällt für uns unter den Begriff Konzeptionslosigkeit.
Und auch die Frage der Länge und der Notwendigkeit der Fußgängerzonen in Emmerich darf für diesen Rat kein Tabuthema mehr sein.

Ein gutes Beispiel für konsequentes und zukunftsorientiertes Handeln ist die Tatsache, dass alle Fraktionen sich gemeinsam darauf geeinigt haben, den Etat der Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft zu erhöhen. Denn nur einer aktiven Wirtschaftsförderung mit entsprechenden Mitteln wird es gelingen, interessante Gewerbebetriebe nach Emmerich zu holen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Steuereinnahmen zu erhöhen. Nur dadurch werden wir langfristig die Einwohnerzahlen steigern und die Kaufkraft erhöhen können.
Ich komme zum Schluss: Unser oberstes gemeinsames Ziel muss es sein, die vorhandenen Mittel sinnvoll und zielorientiert einzusetzen, um die Zukunft unserer Stadt zu sichern. Ich danke Ihnen."

Mitglied Sickelmann, Vorsitzende der Ratsfraktion "Bündnis 90/Die GRÜNEN":
"Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, Bund und Land bürden den Gemeinden immer mehr Lasten auf und der chronische Finanzmangel ist ein Merkmal vieler Kommunen.
Alle Jahre wieder haben wir dann die Aufgabe, den Mangel zu verwalten und die Enttäuschungen möglichst gleichmäßig zu verteilen. In fast ritualisierter Form wird der krönende Abschluss der Haushaltsberatungen, die Haushaltsrede, zum politischen Schlagabtausch genutzt. Und dieser netten Gepflogenheit wollen wir und denn auch wieder unterziehen.
Die Politik in Bund und Land darf keine Entschuldigung für die eigene Misere sein. Denn sie ist auch das Ergebnis ungeschickter Investitionen, nicht beantragter und vor allem entgangener Fördermittel und die vergangene Emmerich Wirtschaftsförderung. Auch die Gebäudebewirtschaftung der Stadt Emmerich ist ein Kapitel für sich und eine stellt eine ungeheure Verschwendung finanzieller Ressourcen da.
Das weder das Entwickeln noch das Durchhalten von Konzepten zu den Stärken der Emmericher Verwaltung gehört, ist überall sichtbar.
Wir werden, wie in jedem Jahr den grünen Daumen in ein paar weiche Stellen stechen und fangen wieder mit unserem Lieblingsthema an.
Wohl wie keine andere Partei haben wir über Jahre die fehlende Stadtbaupolitik angemahnt und versucht, Konstruktives beizutragen. Die Einladung an den Städteplaner Dr. Hoorn und der Besuch des Stadtplanungsbüros in Maastricht waren Initiativen der Grünen. Immerhin heißt es jetzt "Emmerich am Rhein". Das war damals eine Anregung von Dr. Hoorn.
Die CDU/SPD hat sich jetzt nach einem Jahrzehnt der Vernachlässigung der Innenstadt des Themas angenommen. Doch was passiert jetzt? Wird schlechte Architektur gestoppt? Doch nicht in Emmerich.
Der Bauausschuss hat gerade den Weg wieder frei gemacht für die neue Zier an der Wallstr. Eine Kiste der Firma Trinkgut wird demnächst das Stadtbild bereichern.
Es gibt Dinge, die bereut man schon, bevor man sie tut. Aber man tut sie trotzdem. Der Herr, der dieses Zitat geschaffen hat, Christian Friedrich Hebel, wusste anscheinend auch, was die Emmericher mit ihrer Rheinpromenade tun.
Die Aufenthaltsqualität der Innenstadt, doch auch ein von Ihnen mittlerweile nicht mehr geleugnetes Defizit. Hat sich was verbessert? Doch nicht in Emmerich!
Nach dem Besuch in Maastricht, immerhin vor zwei Jahren, hatten wir uns auf ein paar Sofortmaßnahmen geeinigt.
Dazu sollte das Abräumen deplazierter nicht mehr zeitgemäßer Pflanztröge gehören; eine einheitliche attraktive Bestuhlung für die Außengastronomie und die Anschaffung von Pflanzgefäßen für die Innenstadt. Dafür waren ca. 200.000 DM bereitgestellt worden.
Umgesetzt wurde von all den Anregungen; die wie Soldaten aufgereihten Buchsbäumchen zur Fahrbahnabgrenzung an der Rheinpromenade. In der jetzigen Ausgestaltung eine Realsatire!
Es ist für uns immer wieder erstaunlich, mit welchem Einfühlungsvermögen die erkannten Probleme abgearbeitet werden.
Um so gespannter dürfen wir sein, wie denn gleich mehrere Großbaumaßnahmen : ,s-Heerenberger Straße, PAN-Museum, das Bahnhofsumfeld, die Rheinpromenade und die Kaßstraße, von der Verwaltung abgewickelt werden.
Nach dem Motto, für die Kleinigkeiten brauchen wir etwas länger – Wunder passieren sofort!
So, die Umgestaltung der Kaßstraße ohne Landesmittel! Die Maßnahme ist zweifelsohne wünschenswert, aber das war sie auch schon vor vier Jahren.
Zwei Legislaturperioden Embrica desolata, da muss was präsentiert werden bis zur Wahl. Koste es was es wolle.
Ach ja, die Landesmittel, doch nicht in Emmerich, da macht man es lieber ohne.
Der Bau des Feuerwehrgerätehauses fü 5,2 Mio. DM oder 2,7 Mio. € - zum jetzigen Zeitpunkt – eine der Glanzleistungen vorausschauender Finanzplanungen. Für diese

ausgefallenen Landesmittel hätten wir zweimal das Museum bauen oder es 20 Jahre betreiben können.
Hier geht leider keine Bürgerinitiative auf die Barrikaden – das wird stillschweigend abgehakt. Mit der Emmericher Dummheit verfährt man etwas gnädiger, als mit der Emmericher Kultur.
Die Grünen hätten den Haushalt noch weiter entlastet. Der Ankauf des Bahnhofvorsteherhäuschens für 85.000 €, weil wir zum jetzigen Zeitpunkt keine Realisierung der Gesamtmaßnahme sehen.
Die Absetzung der Maßnahme ,s-Heerenberger Straße, weil wir hier auch die Befürchtung haben, gar nicht alle Anliegerbeiträge zu bekommen.
Die zeitliche Streckung der Maßnahme Kaßstraße, bis es wieder Landesmittel gibt und die Kosten für das Gutachten grenzüberschreitender Verkehr. Auch hier muss man keine Prophetin sein, um die Aussage zu treffen, dass eine zeitnahe Realisierung des grenzüberschreitenden ÖPNV aus finanziellen Gründen nicht machbar sein wird.
Im Gegenteil sollte der Metrorapid kommen, haben die Nahverkehrszweckverbände demnächst noch weniger Geld zur Verfügung. So dass wir froh sein können, den jetzigen Standard zu halten.
Die Grüne-Fraktion findet, wir sollten uns mit aller Kraft für einen ICE-Halt weiter einsetzen. Denn es ist volkswirtschaftlicher Unsinn, mehrere Millionen für einen Nahverkehr aufzubringen, wo der ICE, der den Bahnhof eh langsam durchfährt – doch nur halten bräuchte. Gelegentlich wird der ICE für wichtige Leute aus Emmerich im Bahnhof angehalten, habe ich mir sagen lassen, also, warum daraus nicht eine Gewohnheit machen?
Aber, wo kein Wille, ist auch kein Weg und so wird im vorauseilendem Gehorsam erst gar nicht erst gekämpft.

Kommen wir zu unseren Anträgen:
Zur Entlastung künftiger Haushalte möchten wir das Rechnungsprüfungsamt bitten, die Heizkostenabrechnungen der Schulen zu überprüfen.
Hier war uns aufgefallen, dass die tatsächlichen Kosten zum Teil weit über den Haushaltsansätzen lagen und keine einheitliche Vorgehensweise bei der Abrechnung erfolgt.
Auch zur Entlastung künftiger Haushalte soll dieser Antrag dienen:
Die Mietentgelte der von der Verwaltung angemieteten Räumlichkeiten zu überprüfen. Hier haben wir den Verdacht, dass Verträge abgeschlossen wurden, die weit über den ortsüblichen Zins liegen.
Für uns ist angesichts der Haushaltslage ein Skandal, wenn die Stadt eigene Grundstücke aufgibt, wie die zwei Häuser in der Fährstraße und für 750.000 DM dann 200 Quadratmeter zurückkauft, um uns ein Jahr später zu erzählen, wir haben keinen Platz für Bürgerbüro, Liegenschaften, die Wirtschaftsförderung und das Touristenbüro. Hier liegt der Verdacht nahe, dass dieses planlose Durcheinander wohl eher angewandte Emmericher Wirtschaftsförderung zu sein scheint, denn eine sinnvolle Liegenschaftsverwaltung.
Ein weiterer Antrag ist:
Freie Fahrt mit dem Bus zu den Emmericher Innenstadtaktionen.
Wir hoffen auf diesem Weg etwas für die Akzeptanz des ÖPNV zu tun. Der zweite Grund ist eine kostengünstige sympathische Imagewerbung für die Stadt und den Handel, die zudem noch umweltfreundlich ist und ganz direkt dem Bürger zugute kommt.
Was ist denn jetzt positiv an diesem Haushalt?
Er ist ohne Steuererhöhung ausgekommen, Emmerich bekommt ein Kunst-Museum.
Trotz der angespannten Lage wird die Sanierung der Schulen fortgesetzt. Die Zuschüsse für die freiwilligen Leistungen werden im Wesentlichen gehalten. Die Betreuung an verschiedenen sozialen Brennpunkten wurde nicht abgebaut. Die Aktivitäten der Wirtschaftsförderung konzentrieren sich jetzt auch auf die Bereiche Tourismus und Innenstadtbelebung.

Der Bau der Fahrrad-Station am Bahnhof und ein zusätzlicher Sperrmülltermin, der doch von vielen Bürgern positiv aufgenommen wurde.
Noch in der Mitte des Jahres, nach dem freundlichen Brief des OKD's haben wir gedacht, das werden die härtesten Haushaltsplanberatungen.
Sie haben uns positiv überrascht dieses Jahr. Sie haben es geschafft, die Vorgaben des OKD's einzuhalten, das wollen wir zumindest hoffen. Sie sind den, wenn auch bescheidenen Wünschen, der Fraktionen nachgekommen. Das war in diesem Jahr nicht so einfach und dafür bekommen sie trotz aller Kritik unsere Anerkennung und auch die Zustimmung der Grünen zum Armuts-Haushalt 2002. Danke!"

Mitglied Struckhof, Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion:
"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,
In Emmerich wird ab diesem Jahr viel Erde bewegt. Das ist gut so, weil es viel zu tun gibt. Ich halte dies in Emmerich für keinen normalen Vorgang.
Endlich können lang ersehnte Großprojekte in Angriff genommen werden. Wir haben auf vieles lange, manchmal auch zu lange gewartet. Die Baustellen, die nun im Stadtbereich entstanden sind, erinnerten mich im Vorfeld meiner Haushaltsrede an ein Lied von Mike Krüger, aus dem das heutige Zitat stammen soll:
„Ja, wer baggert da so spät noch am Baggerloch, das ist Bodo mit dem Bagger und er baggert noch."
Die Bagger sind jetzt in Emmerich angerückt und haben angefangen Lohmann und die Wollenweberstraße umzubaggern. Bald folgt der Nonnenplatz und dessen Umgebung.
Im Haushalt haben wir vorgesehen, Baumaßnahmen an der Rheinpromenade und der Kaßstraße vorzunehmen.
Wenn es nach der CDU ginge, würden wir das Umfeld vom Löwentor vollständig untergraben und dort die größte Baustelle des Kreises Kleve einrichten, um dort eine, rund 6 bis 8 Mio. € teure, Unterführung zu bauen. Deshalb soll diese Haushaltsrede ganz im Zeichen des Baggers stehen.
Der Kämmerer, ich nennen Herrn Siebers bereits heute so, weil das andere viel zu lang ist, hat vor, ab 1. Mai die Bürger um doppelt so hohe Parkgebühren anzubaggern. Dieses Geld haben wir dann ja auch dringend nötig, um die Kaßstraße in ein „teures Pflaster" - im wahrsten Sinne des Wortes - zu verwandeln.
Wann begreift die Stadt eigentlich, dass es günstiger wäre, wie in Rees, die Parkgebühren ganz abzuschaffen, stattdessen das Pflaster so zu belassen wie es ist. Über eine teilweise Öffnung für den Verkehr können wir ja noch gerne reden, und mit einer Förderung der Geschäfte aus Mitteln der Wirtschaftsförderung (wenn sie denn welche hätte) für attraktivere Geschäftsauslagen und –präsentationen sowie für einen freundlichen Empfang ohne Parkgebühren zu sorgen, um ganz viele Kunden von auswärts anzulocken?
Die Rheinpromenade wird ummodelliert! Dafür erhalten wir schließlich großzügige Landesmittel, so glauben wir. Und die Anwohner werden sich „Sieben-Meilen-Stiefel" kaufen müssen, um von entfernten Parkmöglichkeiten, für die sie auch noch zur Kasse gebeten werden, nach Hause zu gelangen.
Horst Boch hat die Möglichkeit erkannt, wie Bagger in Emmerich sogar Arbeitsplätze in einem ganz anderen Berufszweig schaffen können. Nämlich für die männlichen Politessen! Wenigstens in diesem Bereich hat die Verwaltung endlich für eine echte Gleichberechtigung gesorgt. Hierfür gebührt dem Bürgermeister der Dank unserer Fraktion und der Gleichstellungsbeauftragten.
Das Ordnungsamt kann diese Buddelaktionen in unserer Stadt regelrecht auskosten. Es testet die Einnahmequelle „Rheinpromenadenanwohner" vorab an anderer Stelle. So übern unsere aktiven Außendienstmitarbeiter es z. B. schon in der Lilienstraße. Anwohner, die vor ihreren Wohnungen nicht einmal mehr be- und entladen dürfen und auch sonst nirgends gebührenfrei parken können, erhalten nach männlicher, professioneller Manier eiskalte Knöllchen. Gnade kennt hier keiner!

Der Knaller ist in diesem vorgelegten Haushalt die Einnahmeplanung unseres Kämmerers in diesem Jahr. Er baggert die Zahlen der Gewerbesteuereinnahmen auf einen optisch riesengroßen Haufen.
Er steigert diesen Einnahmeberg auf dem Papier um drei Prozent! In anderen Kommunen sinken solche Einnahmeposten im Bundesdurchschnitt um 14 %. Nicht aber in Emmerich? Unser Erster Beigeordneter rechnet in einem andern Bereich ebenfalls schön und plant für die EUR./Raco-Sanierung lediglich 200.000 € ein. Wir alle wissen doch, - und dafür haben manche Parteien auch schon einmal einen Haushalt abgelehnt - dass wir in den letzten Jahren von etwa 1 Mio. DM und mehr ausgegangen sind. Aber mit der Umrechnung von DM in Euro tut sich die Verwaltung ohnehin schwer.

So wurde z. B. der Zuschuss, lieber Ud Jessner, ans GECK von früher 10.000 DM einfach durch zwei geteilt und mit 5.000 € angesetzt. Dies sind Aktionen, die manchen Bürger zu Recht an der neuen Währung zweifeln lassen. Die Mehrheit der Ratsmitglieder meint, dies seien doch nur Kleinigkeiten und darauf käme es nicht an.
Aber, liebe Leute, die Menschen haben ein Gespür für solche Mogeleien. Und wenn es nur ums Sparen ginge und deshalb gekürzt würde, wäre es ehrlich und direkt und vielleicht verständlich. Aber dann sollte es auch so gesagt werden und dies nicht klammheimlich mit einem Federstrich geschehen.
Fürs Sparen hätte ich allerdings einen wesentlich effektiveren Sparvorschlag, der vermutlich auch noch das richtige Rechnen in der Verwaltung beschleunigen würde. Nämlich, die Gehälter der Beamten unserer Stadt ebenfalls einfach durch zwei zu teilen.
Ich sehe Kopfschütteln bei einigen Kollegen. Ja! Aber genauso fühlen sich manche Bürger. Sie können über solche Dinge, die wir fabrizieren, nur noch mit dem Kopf schütteln.
Aber nicht nur mit dem mathematischen Teilen, sondern auch mit dem Addieren hat es die Verwaltung noch etwas schwer.
So soll die Albert-Schweitzer-Schule mit der St. Martini-Schule vereint werden. Anstatt dieses paritätisch zu vollziehen, werden die Kinder der Albert-Schweitzer-Schule einfach der St. Martini-Schule zugeschlagen; dies erhöht zwar die Schülerzahl und wird wohl zur verbesserten Besoldung eines Schulleiters führen, aber die Lehrer der Albert-Schweitzer-Schule können sehen, wo sie abbleiben.
Gerecht wäre hingegen gewesen, eine „neue Schule“ mit neuem Stellenplan „zu gründen“, zu der sich alle Lehrer aus beiden Schulen hätten bewerben müssen. Die ärgsten Befürchtungen der evangelischen Kirche, der Eltern und des Schulkollegiums werden wahr, wenn die einzige evangelische Grundschule nun ausgehoben und vollkommen ausgebaggert wird. In Gesprächen mit der Ev. Kirche hatten einige Parteien einen etwas anderen Eindruck erweckt. Nur ein Gebäudeskelett bleibt zurück, welches vermutlich bald abgerissen wird. Hoffen wir, dass die Grundstücksspekulanten etwas ansehnlicheres an dieser Stelle produzieren werden.
Beim Stichwort „produzieren“ fiel mit beim Redeschreiben ein, dass unser neuer Wirtschaftsförderer praktisch gar nichts produzieren kann und sich nur selbst verwalten darf. Er hat mit seiner GmbH 300.000 € Kosten und erhält von uns, das ist dann diese tolle Steigerung, 305.000 € zugewiesen. Auch hier rechnen wir wieder schön und machen uns etwas vor, indem wir uns einreden, in Wirklichkeit hätte Herr Hüls gar nicht so viel Geld nötig.
Initiative können wir jetzt zwar lauthals fordern, aber diese Art wohl nicht wirklich erwarten. Hier wird eine gute Sache halbherzig angegangen, die so langfristig keinen Erfolg bringen wird, wenn wir so weitermachen.
Auch die vielversprochene „Neue Steuerung“ lässt weiter auf sich warten. So haben wir zu Beginn der Legislatur eine „Kommission Neue Steuerung“ gebildet, die sich einfach nicht treffen mag, weil dieses Thema eingegraben wurde in irgendwelchen Amtsstuben. Was ist hier eigentlich der Stand der Dinge? Will die Verwaltung unseren politischen Willen gar nicht mehr umsetzen? Ich habe gehört, dass man mit Baggern auch hochstapeln kann.

Hierzu fallen mir die hart erkämpften 102.000 € für die „Sofortmaßnahmen Innenstadt“ ein, die wir letztes Jahr, ich zitiere, „für eine schnelle Verbesserung der Situation in die Hand nehmen wollen“, so sagte zumindest mein Ex-Koalitionspartner Johannes Diks. Und was kam?
Der Kämmerer hat sie wohl immer noch in der Hand! Sie haben sich im letzten Haushaltsjahr wohl irgendwie, irgendwo festgebaggert. Geben wir dieses Geld doch dieses Jahr dem Wirtschaftsförderer für seine guten Ideen zur Attraktivitätssteigerung des Standortes Emmerich; zur Erhaltung und Schaffung wichtiger Arbeitsplätze!

Positiv möchte ich an dieser Stelle erwähnen, dass der „blaue Brief“ des Landrates zu einem Umdenken in Emmerich geführt hat. Wie in der großen Politik müssen den Verantwortlichen tatsächlich erst „blaue Briefe“ geschickt werden, oder ggf. reicht allein eine Drohung aus, einen solchen Brief verschicken zu wollen, um einen Haushalt, zumindest optisch, zu sanieren.

Emmerich nimmt erstmals seit vielen, vielen Jahren keine neuen Schulden auf. Das ist echt toll! Wirklich, denn dies fordern wir Liberale seit vielen Dekaden.
Aber es wird – mit nicht ganz koscheren Annahmen, wie vorhin erwähnt, im Gewerbesteuerbereich gearbeitet. Und das halten wir für unsolide! Hier sollten die Stadtbeamten lieber etwas tiefer stapeln und pessimistischer an die Sache herangehen. Da war mir der Kämmerer des letzten Jahres lieber.

Beim Hausbau müssen die Bagger dafür sorgen, dass das Fundament stabil gebaut wird. So sollte es auch beim Haushaltsbau sein! Wir haben die Befürchtung, dass dieses Fundament – eben die Einnahmenseite – nicht solide gebaut worden ist und alles wie ein Kartenhaus einstürzen kann. Deshalb haben wir sehr lange beraten und abgewogen, was wir heute machen sollen.

Wir wollen zwei Dinge tun.

1. möchte ich zum Abschluss unserem Bürgermeister Horst Boch den symbolischen gelben Bagger am Band der FDP-Fraktion verleihen. Er soll Horst Boch immer daran erinnern, dass baggern, anbaggern, umbaggern, ausheben, durchbaggern, festbaggern, ausbaggern, untergraben, hochstapeln, tiefstapeln und Fundamentbau sehr zusammenhängend zu sehen sind und deshalb immer das nötige Fingerspitzengefühl erforderlich ist, um erfolgreiche Politik für unsere Einwohner zu machen. Unsere Bürgerinnen und Bürger sollen sich in Emmerich zu jeder Zeit wohl fühlen. Auch – wenn gebaggert wird. Es muss ja nicht überall gleichzeitig sein! Nun lieber Horst hier der gelbe Bagger am Band für dich. Ich werden ihn dir nacher in der Pause überreichen, wenn du einverstanden bist.
2. wollen wir den Haushalt für dieses Jahr ablehnen, weil wir nicht den Haushalt in Gänze in Frage stellen, sondern, wie erwähnt, die Einnahmenseite, die EUR/Raco-Sanierung, die mangelnde Ausstattung der Wirtschaftsförderung und den Umgang mit unseren Bürgern in Sachen Parkgebühren und Parkmöglichkeiten sowie die Inkonsequenz in der Umsetzung der „Neuen Steuerung“ für fragwürdig und falsch halten. Dies als Halbzeitbilanz aus unserer Sicht.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. "

Der Vorsitzende lässt über den gestellten Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, mit der Ergänzung von Mitglied Diks den Ansatz für die Wirtschaftsförderung um 11.700 Euro auf 305.000 Euro zu erhöhen, abstimmen.
Mitglied Beckschaefer teilt hierzu mit, dass im Ältestenrat der Antrag zur Erhöung des

Ansatzes für die Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing GmbH von allen Fraktionen gefasst worden ist.

Der Rat beschließt

1. die nachfolgende Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2002 mit Haushaltsplan und Anlagen:

Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein
für das Haushaltsjahr 2002

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.03.2000 (GV NRW S. 245) hat der Rat der Stadt Emmerich am Rhein mit Beschluss vom folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2002, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Verwaltungshaushalt	in der Einnahme auf	44.861.833 EUR
	in der Ausgabe auf	44.861.833 EUR
im Vermögenshaushalt	in der Einnahme auf	13.527,648 EUR
	in der Ausgabe auf	13.527.648 EUR

festgesetzt.

§ 2

Kredite werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

5.205.000 EUR

festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2002 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

4.000.000 EUR

festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2002 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	220 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	330 v.H.
2.	Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag auf	380 v.H.

§ 6

1. Der Kämmerer oder der für das Finanzwesen zuständige Bedienstete entscheidet über die Leistung von über- oder außerplanmäßigen Ausgaben.
   Über- und außerplanmäßige Ausgaben ab 25.000 EUR im Einzelfall bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt nach § 82 GO NW.

   Zahlungen nach § 22 GemHVO, kalkulatorische Kosten, Innere Verrechnungen sowie Kreditumschuldungen bleiben hiervon unberührt.

2. Als geringfügig i.S.v. § 82 Abs. 1 Satz 5 GO NW gelten überplanmäßige Ausgaben bis zu 5.000 EUR und außerplanmäßige Ausgaben bis zu 3.000 EUR.

3. Die Grenze erheblicher Abweichungen i.S.v. § 80 Abs. 2 Ziffer 1 und 2 GO NW wird auf 2 v.H. der Einnahmen des Haushaltsjahres festgesetzt.

4. Die Geringfügigkeit von Investitionen i.S.v. § 80 Abs. 3 Ziffer 1 GO NW wird auf 2 v.T. der Einnahmen des Haushaltsjahres festgesetzt.

5. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen ab 25.000 EUR gelten gem. § 84 Abs. 1 GO NW i.V.m. § 82 Abs. 1 Satz 4 GO NW als erheblich und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates.

§ 7

Die im Stellenplan enthaltenen Vermerke “künftig umzuwandeln” (ku) und “künftig wegfallend” (kw) werden bei Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaber/innen aus diesen Stellen wirksam.

2. den Stellenplan 2002

3. das Investitionsprogramm 2002 – 2005

29 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 8
Über- und außerplanmäßige Ausgaben für das Haushaltsjahr 2001
(Nr. 02 - 13 0911/2002)

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

1. Der Rat beschließt, die unter Ziffer 1 aufgeführten und gem. § 82 Abs. 1 Satz 4 letzter Halbsatz i.V.m. § 6 Abs. 1 der Haushaltssatzung genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben zur Kenntnis zu nehmen.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 9
Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der Veranstaltungen
"Emmerich blüht auf" am 17.03.2002
"Autoshow - Alles rund um's Auto" am 16.06.2002
"Stadtfest - Hamburger Fischmarkt" am 08.09.2002
(Nr. 04 - 13 0909/2002)

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt die vorliegende ordnungsbehördliche Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der vorgenannten Veranstaltungen im Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 10
Antrag der Martini -Schule vom 30.11.2001 auf Bereitstellung einer Schulsozialarbeiterin /eines Schulsozialarbeiters für die neu zu gründende Schule
(Nr. 04 - 13 0870/2002)

Mitglied Jessner stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt der Trägergemeinschaft Kath. Waisenhausstiftung und Anna Stift Goch für die Schulsozialarbeit einen entsprechenden Personalkostenzuschuss für eine 3. halbe Planstelle zur Verfügung zu stellen, für das Jahr 2002 zunächst für die Monate ab Beginn des Schuljahres in Höhe von ca. 10.000 €, für die Folgejahre in Höhe von ca. 27.000 €.

31 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 4 Enthaltungen

TOP 11
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr . E 7/4 - Hansastraße -;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage
2. Satzungsbeschluss
3. Beschluss zur Änderung der Gestaltungssatzung für den östlichen Bereich des Bebauungsplanes Nr . E 7/4
(Nr. 05 - 13 0887/2002)

Mitglied Tepaß stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen

Zu 1.
Der Rat beschließt den Bebauungsplan Nr. E 7/4 um folgenden Hinweis zu ergänzen:

> HINWEIS
> Es ist nicht auszuschließen, dass Kampfmittel im Boden vorhanden sind.
> Vor Durchführung eventuell erforderlicher größerer Bohrungen (z.B. Pfahlgründung) sind Probebohrungen (70 bis max. 120 mm Durchmesser) zu erstellen, die ggf. mit Kunststoff- oder Nichtmetallrohren zu versehen sind. Danach Überprüfung dieser Probebohrungen mit ferromagnetischen Sonden.
> Sämtliche Bohrarbeiten sind mit Vorsicht durchzuführen. Sie sind sofort einzustellen, sobald im gewachsenen Boden auf Widerstand gestoßen wird. In diesem Fall ist der Kampfmittelräumdienst bei der Bezirksregierung Düsseldorf zu benachrichtigen.

Der Rat beschließt, dass die Anregung der Unteren Wasserbehörde mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.

Zu 2.
Der Rat beschließt den unter Pkt. 1 um einen Hinweis ergänzten Entwurf zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 7/4 mit der Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Zu 3.
Der Rat beschließt, die Gestaltungssatzung vom 23.06.1997 für den östlichen Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. E 7/4 gemäß § 86 Abs. 1 BauO NW wie folgt zu ändern:

a) § 2 (Dachform) wird gestrichen,

b) § 3 (Äußere Gestaltung der baulichen Anlagen) wird gestrichen,

c) § 4 (Gebäudehöhen) erhält folgende Fassung:

(1) Die Erdgeschossfußbodenhöhe (EFH) wird auf maximal **0,5 m** über dem höchsten Punkt der Straßenkrone festgesetzt, bezogen auf die Verkehrsfläche vor dem jeweiligen Baugrundstück.

(2) Die First- und Traufhöhen werden wie folgt festgesetzt:

bei eingeschossigen Gebäuden:
Traufhöhe maximal **4,00 m** über EFH
Firsthöhe maximal **8,50 m** über EFH

bei zweigeschossigen Gebäuden:
Traufhöhe maximal **6,00 m** über EFH
Firsthöhe maximal **9,50 m** über EFH.

Die Traufhöhe im Sinne dieser Vorschrift ergibt sich aus der äußeren Schnittlinie der traufseitigen Wand mit der Dachhaut.

d) § 5 (Gestaltung der Freiflächen) wird gestrichen.

33 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 12
Bebauungsplanverfahren Nr . E 30/4 - Hekerenfelder Weg -;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage
2. Beschluss eines städtebaulichen Vertrages
3. Satzungsbeschluss
4. Beschluss einer Gestaltungssatzung gemäß § 86 Abs. 1 BauO NRW
(Nr. 05 - 13 0888/2002)

Der Mitglied Tepaß stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Zu 1.
Der Rat beschließt, dass die Anregung des Herrn Meyer mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.

Zu 2.
Der Rat beschließt den vorliegenden Vertragsentwurf als städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB zum Bebauungsplan Nr. E 30/4 -Hekerenfelder Weg-.

Zu 3.

Der Rat beschließt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. E 30/4 -Hekerenfelder Weg- mit der Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Zu 4.
Der Rat beschließt den beiliegenden Entwurf einer Gestaltungssatzung mit Begründung gemäß § 86 Abs. 1 BauO NW als Gestaltungssatzung zum Bebauungsplan Nr. E 30/4 -Hekerenfelder Weg-.

33 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 13
1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr . E 24/2 - Lohmann -;
hier: Satzungsbeschluss
(Nr. 05 - 13 0892/2002)

Die Mitglieder Diks und Tepaß stellen den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt den Entwurf der gemäß § 13 BauGB durchgeführten 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 24/2 -Lohmann- mit Begründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung. Hierdurch wird der Bebauungsplan dahin gehend geändert, dass die Festsetzung von zwei zu erhaltenden Bäumen im Bereich des Nonnenplatzes gestrichen wird und ein bislang ungeschützter Baum an der nordwestlichen Ecke des Nonnenplatzes die Festsetzung „Erhaltung eines Baumes“ erhält.

31 Stimmen dafür, 5 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 14
Initiativkreis Leitbild ; Benennung eines neuen Mitgliedes ;
hier: Genehmigung der Dringlichen Entscheidung des Hauptausschusses gem . § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW
(Nr. 10 - 13 0899/2002)

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat genehmigt die vom Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung vom 05.02.2002 getroffene dringliche Entscheidung gemäß § 60 Abs. 1 S. 3 GO NW.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 15
Ersatzwahlen zu den Ausschüssen
(Nr. 10 - 13 0917/2002)

Mitglied Struckhof stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Auf Antrag der FDP werden folgende Nachbesetzungen beschlossen:

Ausschuss	Mitglied	stellv. Mitglied
Wahlprüfungsausschuss	Ralf Günther	unverändert
Sparkassenzweckverband	Ralf Günther	unverändet
AG Kleve Emmerich, Rees, Kranenburg	Ralf Günther	unverändert
Haupt- und Finanzausschuss	unverändert (Struckhof, Detlef)	Ralf Günther
Rechnungsprüfungsaus-schuss	unverändert (Struckhof, Detlef)	Ralf Günther
Wahlausschuss	Günther, Ralf	Struckhof, Detlef

Ausschuss	Mitglied	stellv. Mitglied
Kulturausschuss	unverändert (Gönnert, Rüdiger)	1. Gregorius-Deller, Gabriele 2. unverändert (Struckhof, Detlef) 3. Günther, Ralf
Vergabeausschuss	Kukulies, Christoph	Gregorius-Deller, Gabriele
Werksausschuss Abwasserwerke	Struckhof, Dieter	Kukulies, Christoph
Sozialausschuss	Deller Ralf	1. unverändert (Peters, Jochem) 2. unverändert (Struckhof, Detlef) 3. Günther, Ralf
Jugendhilfeausschuss	unverändert (Deller, Ralf)	Brockmann, Ursula
Ausschuss für Landschaftspflege und Umweltschutz	unverändert (Gabriel, Olaf)	1. Deller, Ralf 2. unverändert (Struckhof, Detlef) 3. Günther, Ralf
Ältestenrat	Struckhof, Detlef	Günther, Ralf
Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss	unverändert (Struckhof, Dieter)	1. unverändert (Struckhof, Detlef) 2. Günther, Ralf
Schulausschuss	unverändert (Leuner, Marianne)	1. unverändert (Urbach, Wolfgang) 2. unverändert (Struckhof Detlef) 3. Günther, Ralf

34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 16
Ersatzwahl eines stellv . Mitgliedes des Aufsichtsrates Emmericher Gesellschaft für kommunale Dienstleistungen mbH (EGD mbH)
(Nr. 10 - 13 0922/2002)

Mitglied Struckhof stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beauftragt die Gesellschafterversammlung, für das ausgeschiedene Ratsmitglied Wilhelm Camp, das Ratsmitglied Ralf Günther als neuen Stellvertreter in den Aufsichtsrat

der EGD mbH zu wählen.

34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 17
Ersatzwahlen zu den Ausschüssen
hier: Vertreter der Stadt Emmerich am Rhein in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes
(Nr. 10 - 13 0923/2002)

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein wählt den Ersten Beigeordneten Dr. Stefan Wachs als Stellvertreter des Bürgermeisters Horst Boch in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes

34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 18
Beratung und Beschlussfassung über den Prüfungsbericht des Wirtschaftsplanes 01.08.2000 bis 31.07.2001 des Eigenbetriebes KKK
(Nr. 41 - 13 0874/2002)

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein stimmt der einstimmigen Empfehlung des Kulturausschusses zu und beschließt:

1. den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kultur Künste Kontakte zum 31.07.2001 nebst Lagebericht festzustellen, den Jahresfehlbetrag von DM 129.896,53 (Euro 66.415,04) aus dem Haushaltsplan 2002 auszugleichen,

2. der Betriebsleitung für das Wirtschaftsjahr 01.08.2000 bis 31.07.2001 Entlastung zu erteilen.

34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

TOP 19
Änderung der Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Emmerich am Rhein
(Nr. 70 - 13 0915/2002)

Mitglied Beckschaefer stsellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt die in der Anlage bezeichnete 3. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung vom 12.12.1996 zur Entwässerungssatzung der Stadt Emmerich am Rhein vom 12.12.1996.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

IV. Anträge an den Rat

TOP 20
Untersuchung durch das Rechnungsprüfungsamt
(Nr. 01 - 13 0926/2002)

Mitglied Sickelmann ist für ihre Fraktion mit der Stellungnahme der Fraktion einverstanden.

Verweisung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

Gemäß § 103 Abs. 2 GO NW liegt es in der Entscheidungsbefugnisse des Rates, den Aufgabenkatalog des Rechnungsprüfungsamtes zu erweitern sowie die Prüfung bestimmer Einzelfälle zu beschließen.

Verwaltungsseitig wird vorgeschlagen, die in dem Antrag der Fraktion Bündinis 90/Die Grünen angesprochenen Teilaspekte zunächst im Rechnungsprüfungsausschuss zu behandeln. Sofern nach der detaillierten Darstellung der Einzelsachverhalte eine Einzelfallprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt notwendig erscheint, wird die entsprechende Beschlussfassung vorbereitet.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 21
Erschließungskosten für das Kolpinghaus -Kulturzentrum in Emmerich -Elten, Sonderwykstraße 10
(Nr. 05 - 13 0902/2002)

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Sonderwykstraße soll noch im Haushaltsjahr 2002 ausgebaut werden. Dieser Ausbau zieht eine Beitragspflicht nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NW) i. V. m. der städt. Straßenbaubeitragssatzung nach sich. Nach den vorliegenden Kostenschätzungen muss für das Grundstück des Kolpinghauses in der Tat mit einem Gesamtbeitrag zwischen 25.000 – 30.000 € gerechnet werden.
Der Verein beantragt den Erlass dieses Beitrages und verweist auf „ähnlich gelagerte Fälle in der Vergangenheit“. Namentlich nicht genannt aber gemeint ist hierbei die Übernahme des Erschließungsbeitrages für das Grundstück des Reitervereins Elten an der Groenlandstraße aus dem Jahr 1999. Seinerzeit hatte der Rat nach Beratung in der Sportkommission beschlossen, den Erschließungsbeitrag auf 3 Jahre verteilt aus Mitteln der Sportförderung zu übernehmen.
Lediglich die Zinsen für die entsprechende Stundung musste der Verein selber aufbringen.
Letztlich ging es hier um einen Erschließungsbeitrag von rd. 25.750,-- DM; die Zinsen beliefen sich auf ca. 800,-- DM.

Die Gemeinden sind infolge des im KAG NW mehr oder wenig deutlich verankerten Entgeltlichkeitsprinzip gehalten, Ausbaubeiträge zu erheben. Diese Verpflichtung schließt es grundsätzlich aus, dass sie zugunsten einzelner Beitragspflichtiger die vorgesehen Zahlungsweise ändern oder den Beitrag ganz oder teilweise erlassen. Etwaige Vergünstigungen können nur in dem Rahmen gewährt werden, wie sie der Landesgesetzgeber vorsieht.
Das KAG NW enthält jedoch keine besondere Vorschrift über Billigkeitsregelungen (z. B. den Erlass). Es gelten daher die einschlägigen Billigkeitsregelungen der Abgabenordnung. Danach ist ein Erlass oder sonstige Billigkeitsmaßnahme nur dann zuzulassen, wenn eine unbillige sachliche oder persönliche Härte im Einzelfall vorliegt. Wirtschafts- oder ordnungspolitische Gesichtspunkte als öffentliches Interesse rechtfertigen daher – anders als im Erschließungsbeitragsrecht – keinen Erlass.

Nach § 13 Abs. 3 d) der Hauptsatzung ist dem Bürgermeister die Entscheidung über den Erlass von Geldforderungen übertragen. Über 2.500 € sind sie dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Kenntnis zu geben. Wegen der grundlegenden Bedeutung auch für zukünftige Fälle wird als Beschlussvorschlag die vorherige Verweisung in den RPA empfohlen.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 22
Antrag auf Veränderung der Linienbusführung während der Umbauarbeiten in der Stadt
(Nr. 05 - 13 0918/2002)

Mitglied Günther beantragt eine Änderung der Linienführung, da nicht gewährleistet ist, dass die Einsatzfahrzeuge des Krankenhauses rechtzeitig zu ihrem Bestimmungsort kommen können. Er plädiert den Linienverkehr Richtung Bahnhof/Rees über die Steinstraße abzuwickeln.

Mitglied Beckschaefer spricht die Verkehrsverhältnisse auf der Lilien-/bzw. Gasthausstraße an. Er berichtet von einem Gespräch mit einem Vertreter des Busunternehmens Heering, in dem angeregt wurde, an der Einmündung Lilienstraße in die Burgstraße einige Parkplätze wegzunehmen, damit der Bus hier einen größeren Radius hat.

Nach eingehender Diskussion wird der Antrag an den Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss verwiesen.

Bereits mit Schreiben vom 24.01.2002 wurde Herrn Struckhof die Intention für die momentane Buslinienführung dargelegt. Diese stellt sich wie folgt dar.
Die Festlegung der Umleitungsstrecke erfolgte seinerzeit in enger Abstimmung mit der NIAG . Eine nochmalige Rücksprache bei der NIAG ergab, dass bislang keine Probleme aufgetreten sind, die eine Veränderung der Buslinienführung notwendig machen.

Da der Aufwand und die Nachteile die sich im Zusammenhang mit einer Buslinienführung über die Fußgängerzone Steinstraße ergeben in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen, ist die Verwaltung der Auffassung, keine Veränderungen an der Buslinienführung vorzunehmen.

Beschlussvorschlag :
Verweisung an den Bau -, Planungs- und Verkehrsausschuss .

TOP 23
Sitzungsbeginn
(Nr. 10 - 13 0919/2002)

Mitglied Jessner berichtet über die Beratungen zu diesem Punkt aus der Sitzung des Ältestenrates.

Nach dieser Beratung hat man sich am gestrigen Tag dahin gehend geeinigt, dass für die Ausschüsse, die regelmäßig eine umfangreiche Tagesordnung haben, (Rat, Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss und Ausschuss für Landschaftspflege und Umweltschutz) der Sitzungsbeginn auf 17.00 Uhr gelegt wird.

Mitglied Diks schließt sich dem Vorschlag von Mitglied Jessner an.

Mitglied Struckhof spricht den Ratsbeschluss vom 01.10.1999 an. Seine Fraktion ist der Ansicht, dass ein solcher Beschluss mindestens über eine Legislaturperiode bestehen bleibt Er bittet aufgrund der Tatsache, dass viele, vor allem jüngere, Fraktionsmitglieder im Berufsleben stehen, den Ratsbeschluss aufrecht zu erhalten.

Mitglied Beckschaefer bezieht sich auf die Beratungen im Ältestenrat; er ist der Meinung, dass hier Einigkeit bestand den Sitzungsbeginn nur für den ALU und BPVA vorzuverlegen; dieses sollte jedoch in Abstimmung mit dem Vorsitzenden erfolgen. Von einer Einbeziehung der Ratssitzungen ist ihm nichts bekannt. Dieses wird von seiner Fraktion abgelehnt. Er bittet den Vorschlag noch einmal zu überlegen.

Auch Mitglied Sickelmann schlägt vor, diesen von Mitglied Jessner gemachten Vorschlag nochmals zu überdenken.

Der Vorsitzende lässt über den von Mitglied gestellten Antrag, abstimmen.

Der Rat beschließt, den Sitzungsbeginn für die Sitzungen des Ausschusses für Landschaftspflege und Umweltschutz, Bau-, Planungs- und Verkehrsausschusses und des Rates auf 17.00 Uhr festzusetzen.

24 Stimmen dafür, 9 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

TOP 24
Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

Anfragen

1. Sitzungsbeginn;
   hier: Anfrage von Mitglied Spirtz

Mitglied Spirtz bezieht sich auf TOP 23 und gibt zur Kenntnis, dass er sein Ratsmandat niederlegen muss, da er, sollten die Sitzungen um 17.00 Uhr beginnen, aus beruflichen Grüßen nicht mehr teilnehmen kann.

TOP 25
Einwohnerfragestunde

1. Straßenbaumaßnahmen für Sternstraße;

hier: Anfrage von Herrn Tück

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt auf entsprechende Frage von Herrn Tück, dass es sich bei den Kosten um Planungskosten handelt, unmittelbare Baumaßnahmen finden nicht statt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.25 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Vorsitzender

Schriftführerin